

Bruch der Regierung hält auch der Kanzler für unvermeidlich.

Nach den Turbulenzen der letzten Wochen haben die FDP und ihr Vorsitzender allenfalls eine Atempause bis zu den Märzahlen erreicht. Die Kraft, sein Konzept für eine personelle Erneuerung in Kabinett und Fraktion durchzusetzen, besaß Gerhardt nicht.

Als er den spröden Rechtsprofessor Edzard Schmidt-Jortzig als neuen Justizminister in Fraktion und Parteivorstand präsentierte, mochte niemand den Angeslagenen weiter schwächen. Einer aus der Runde berichtete dem erkrankten Patriarchen Hans-Dietrich Genscher über die herrschende Untergangsstimmung: Noch nie habe er „so viele Leute unter dem Galgen lachen sehen“.

Die Partei, die noch 1990 mit 11 Prozent erfolgreich die ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen bestand, hat seither fast ihr gesamtes Kapital verspielt. Das politische Profil kam ihr abhanden, die profilierten Politiker auch.

Die geschrumpfte FDP zersplittert in noch kleinere Kreise und Grüppchen, mit radikalliberalem, nationalem oder auch sozialliberalem Anstrich. Nach dem Rücktritt von Leutheusser-Schnarrenberger wird in der Parteizentrale mit weiteren Rückzügen, Austritten und sogar mit Abspaltungen gerechnet. Zeiten der Resignation, nicht des Aufbruchs.

Trotz alledem: Gerhardt fühlt sich obenauf. Er habe schon immer gewußt, daß die Granden der Partei – von Genscher über Lambsdorff bis Klaus Kinkel – die wahre Stimmung an der Basis falsch einschätzten. Überrascht habe ihn beim Wanken-Votum nur die Höhe der Zustimmung (siehe Interview Seite 24).

Halb freiwillig, halb unfreiwillig setzt Gerhardt die von Kinkel begonnenen Abbrucharbeiten fort. Ein Wahlversprechen und zwei Parteitagsbeschlüsse gegen den großen Lauschangriff ließ er durch eine Mitgliederbefragung kassieren. Der Rücktritt der Justizministerin ist ihm nun willkommen als Tribut an veränderte Wählerschichten.

Mehr als die Hälfte der FDP-Wähler stammt mittlerweile aus dem Umfeld der CDU. Abgestoßen hat die FDP große Teile der bürgerrechtlich Engagierten. Doch Ersatz findet sie nicht. Das Milieu der modernen jungen Aufsteiger, die markt- und erfolgsorientiert denken, hat Generalsekretär Guido Westerwelle zwar fest im Blick – aber diese Klientel wählt eher die Grünen.

Derlei trübe Aussichten stimmen einen Veteranen melancholisch, dem kein Tief unvertraut ist. Umgeben von Büchern und Erinnerungen an bessere Zeiten kuriert der Ehrenvorsitzende Genscher seine schwere Infektion – und leidet an seiner Partei. Die Grünen, vertraute er Freunden an, das sei heute „eine Partei, wie wir sie uns vorstellen“.

Für Linke wie Rechte

Der designierte Justizminister Edzard Schmidt-Jortzig paßt ins FDP-Gefüge

Mit so einem Mann kann den Liberalen wenig passieren: Der legt sich so schnell weder für etwas fest noch gegen etwas. Er lehne es ab, beruhigte der soeben nominierte Justizminister Edzard Schmidt-Jortzig, 54, seine Parteifreunde, „zu allen möglichen Einzelpunkten“ voreilige Erklärungen abzugeben. Mit dieser Methode ist der Rechtsgelehrte aus Kiel ja auch Minister geworden. Er blieb einfach übrig, weil andere sich festgelegt hatten.

vor als Bundestagsabgeordneter. Auch ins Parlament kam er zur eigenen Überraschung.

Nach zwei erwartungsgemäß erfolglosen Versuchen als FDP-Direktkandidat im Wahlkreis Kiel 1987 und 1990 („Spaß hat's gemacht“) verschlug es den Professor 1994 durch einen Zufall in den Deutschen Bundestag. Auf Platz zwei der Landesliste seiner Partei war er nur gekommen, weil die Nominierung wegen eines Formfehlers wiederholt werden mußte. Auch die Wahl am 16. Oktober 1994 schien für ihn wieder mal verloren, als er nach den ersten Hochrechnungen zu Bett ging.

Auch die Wahl am 16. Oktober 1994 schien für ihn wieder mal verloren, als er nach den ersten Hochrechnungen zu Bett ging.

Die hohe Wahlbeteiligung im Norden machte ihn dann doch zum Sieger. Am frühen Morgen überraschte ihn der Wahlleiter am Telefon mit der freudigen Nachricht: „Platz zwei zieht.“

Untadelig im Ruf, verbindlich im Umgang, unverbindlich in der politischen Aussage: Das reichte als Führungszeugnis. „Ein sehr sympathischer Mann“, sagt Fraktionschef Hermann Otto Solms, „man sollte ihm den Job lieber nicht antun.“

Der Politiker-Beruf ist dem Norddeutschen offenbar nicht ganz geheuer. Eigentlich wollte sich der designierte Minister 1998 wieder ganz seiner Professur

widmen. Er sei eben zu weich für das Bonner Geschäft, sagen ihm schleswig-holsteinische Liberale nach. Sie können sich nicht recht vorstellen, wie er sich und die FDP, die das dringend braucht, medienwirksam in Szene setzen will.

In der Heimat ist der graue Jurist in lebhafter Erinnerung, weil er vor zwölf Jahren gegen 35 schleswig-holsteinische Richter und Staatsanwälte zu Felde gezogen ist. Die hatten per Zeitungsanzeige unter Berufung auf ihre Tätigkeit die Raketennachrüstung der Nato als „ver-



J. H. DÄRCHINGER

Kompromißkandidat Schmidt-Jortzig
Mal gegen, mal für den Lauschangriff

Jörg van Essen etwa durfte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger nicht erben. Der gelernte Staatsanwalt plädierte für den Lauschangriff – seine Wahl wäre eine Richtungsentscheidung gewesen.

Ein Linkliberaler wie Peter Caesar, der Mainzer Justizminister, gehörte im FDP-Plebiszit über den Lauschangriff zu den Verlierern. Er kam also auch nicht in Frage.

Als Minister hat sich Jurist Schmidt-Jortzig ebensowenig aufgedrängt wie zu-

fassungswidrig“ kritisiert und sollten deswegen arbeitsrechtlich gemäßregelt werden.

Schmidt-Jortzig war damals Richter am Oberverwaltungsgericht in Lüneburg. In Aufsätzen versorgte er den Kieler Justizminister, der die Referenten dienstlich ermahnen wollte, mit rechtlichen Argumenten gegen die unbotmäßigen Kollegen und warnte sie vor „verfassungsdogmatischen Diskussionen“. „Ich sag’ mal ganz arrogant“, belehrte der Professor für Verfassungsrecht seine Kontrahenten, „da sind Sie in der schlechteren Position.“

Seit 1984 gehört Schmidt-Jortzig der FDP an. Für die Liberalen gewann der Professor, dessen Vorlesungen als „so trocken“ beschrieben wurden, „daß der Putz von den Hörsaalwänden bröckelt“ (*Lübecker Nachrichten*), im Juli 1993 den Verfassungsstreit um den Einsatz der „Awacs“-Flugzeuge in Bosnien. Seiner Rechtsauffassung, daß für den Einsatz deutscher Piloten in den Aufklärungsflugzeugen ein Parlamentsbeschluß und nicht nur eine Kabinettsentscheidung erforderlich ist, folgten die Karlsruher Richter.

Als Verteidiger des kommunalen Wahlrechts für Ausländer, das die Kieler SPD-Landesregierung knapp 7000 Dänen, Schweden, Iren, Norwegern, Schweizern und Niederländern gestatten wollte, unterlag Schmidt-Jortzig dagegen in Karlsruhe. Das Kieler Modell, das der Professor als Rechtsvertreter der Landesregierung vor dem Verfassungsgericht vertreten hatte, wurde abgewiesen.

Im Streit um den großen Lauschangriff ist der neue Minister flexibel. Erst war er dagegen, dann dafür: Ein Lagebericht des Bundeskriminalamtes über das organisierte Verbrechen habe ihn „beeindruckt“ und bekehrt. Soviel Flexibilität ist dringend erwünscht.

In seiner Antrittsrede kündigte Schmidt-Jortzig vor der Bonner FDP-Fraktion an, er wolle die „wertvolle Arbeit“ seiner linksliberalen Vorgängerin fortsetzen, zugleich aber „auch neue Akzente im Lichte der Entscheidung“ der liberalen Basis setzen.

Das passe ins aktuelle Erscheinungsbild der FDP, machte sich Jürgen Möllemann lustig, „der Schmidt für die Rechten, der Jortzig für die Linken“.

„Jetzt bin ich frei“

Interview mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger über ihren Rücktritt

SPIEGEL: Frau Leutheusser-Schnarrenberger, Sie haben bei Ihrem Rücktritt gesagt, jenen Parteifreunden, die Ihren Abschied „herbeigesehnt“ hätten, „möge die Freude vergönnt sein“. Wen haben Sie gemeint?

Leutheusser-Schnarrenberger: Ich muß sie doch nicht extra namentlich benennen.

sie meinen Rücktritt forderten. Sie wollten auch, daß ich nach der Bundestagswahl 1994 nicht wieder ins Kabinett zurückkehre.

SPIEGEL: Die Mitgliederbefragung zum Lauschangriff wurde eigens inszeniert, um Sie loszuwerden?

Leutheusser-Schnarrenberger: Es gab bestimmt verschiedene Beweggründe. Aber ich war für einige sicher der Anlaß, sich massiv für den Mitgliederentscheid einzusetzen. Das ließ sich trefflich gegen eine mißliebige Ministerin instrumentalisieren.

SPIEGEL: Hat die Parteiführung um Wolfgang Gerhardt die Wirkung Ihres Rücktritts nicht ernst genug genommen?

Leutheusser-Schnarrenberger: Das weiß ich nicht. Mancher ist jedenfalls von der falschen Idee ausgegangen, alle Entscheidungen der Fraktion seien einfach hinzunehmen. Ich sehe das anders: Ich war und bin nicht bereit, alles klaglos zu akzeptieren.

SPIEGEL: „Es gibt keinen Kurswechsel“, hat der Vorsitzende Gerhardt gleich nach Ihrem Rücktritt erklärt. Wozu also die Aufregung?

Leutheusser-Schnarrenberger: Ich werfe nicht allen, die anderer Meinung sind, vor, sie seien keine Liberalen. Aber die Entscheidung für das Abhören von Wohnungen ist ein großer Schritt weg vom Konzept des liberalen Rechtsstaats. Das ist konservatives Sicherheitsdenken, nicht freiheitlicher Liberalismus. Einer angeblich behaupteten Effektivität

bei der Bekämpfung von Verbrechen wird Vorrang vor den Grundrechten eingeräumt. Der Lauschangriff war der Schlußpunkt. Es gab andere Entscheidungen mit ähnlicher Tendenz im Straf- und im Strafprozeßrecht.

SPIEGEL: Starker Staat und schwache Bürgerrechte: Ist das der neue Populismus der FDP?

Leutheusser-Schnarrenberger: Eine törichte Strategie, ohne allzu große Zu-



Leutheusser-Schnarrenberger beim Rücktritt
„Ich bin nicht bereit, alles klaglos zu akzeptieren“

SPIEGEL: Wir können es Ihnen ja abnehmen: Der Fraktionsvorsitzende Hermann Otto Solms und der Anführer der Fraktionsrechten, Detlef Kleinert, der im Hintergrund so gern die Strippen zieht, haben Ihnen die größten Schwierigkeiten bereitet.

Leutheusser-Schnarrenberger: Das sind gerade jene Leute, die nicht unbedingt in der Öffentlichkeit für die FDP Profil ziehen. Sie sind immer aufgefallen, weil